

LASS DICH ÜBERWACHEN

Signal droht mit Rückzug: Chatkontrolle gefährdet die Kommunikation in Europa

Die Chefin des Messengers Signal kündigt den Ausstieg aus dem europäischen Markt an, sollte die anlasslose Massenüberwachung kommen. Ob es so weit kommt, entscheidet sich in Deutschland

2. Oktober 2025, 15:00

269 Postings

Später lesen



Meredith Whittaker, Chefin der Signal Foundation.

REUTERS/Benoit Tessier

Österreich ist dagegen, Polen auch, Tschechien und die Slowakei ebenso. Die Fachwelt hält die jüngste Idee zur Messengerüberwachung für ein gewaltiges Risiko [<https://www.derstandard.at/story/3000000287157/500-it-forscher-warnen-vor-plaenen-fuer-europaweite-chatkontrolle>] für Europa. Dem schließt sich auch die Chefin des verschlüsselten Messengers Signal an. Sie kündigt den Ausstieg aus dem europäischen Markt an, sollte die umstrittene Chatkontrolle kommen. Das Problem: die Position Deutschlands ist unklar. Unser großer Nachbar könnte am 14. Oktober den Weg für die anlasslose Massenüberwachung ebnen.

„Wenn wir vor die Wahl gestellt würden, entweder die Integrität unserer Verschlüsselung und unsere Datenschutzgarantien zu untergraben oder Europa zu verlassen, würden wir leider die Entscheidung treffen, den Markt zu verlassen“, sagte die Datenschutzexpertin der Deutschen Presse-Agentur.

Überwachung vor der Verschlüsselung

Im Zentrum der Kontroverse steht eine EU-Verordnung, die seit drei Jahren verhandelt wird. Offiziell soll sie den Kampf gegen Darstellungen sexuellen Kindesmissbrauchs verschärfen. Der Vorschlag sieht vor, dass Messenger wie WhatsApp, Signal, Telegram oder Threema die Inhalte ihrer Nutzer noch vor der Verschlüsselung prüfen müssen. Dafür müssten die Apps einen Kontrollmechanismus enthalten, der jeden Inhalt automatisch überprüfen kann. Client-side Scanning nennt sich diese Technologie. Dabei wird die verschlüsselte Übertragung selbst nicht ausgehebelt, weil schon am Gerät des Nutzers spioniert wird.

Für Whittaker ist dies ein unannehmbarer Eingriff. „Sie garantiert die Privatsphäre von Millionen und Abermillionen von Menschen auf der ganzen Welt, oft auch in lebensbedrohlichen Situationen.“ Die Signal-Chefin kritisierte scharf, dass Politiker „einer Art magischem Denken verfallen, das davon ausgeht, dass man eine Hintertür schaffen kann, auf die nur die Guten Zugriff haben.“

Breite Front gegen die Pläne

Die Kritik an der Chatkontrolle kommt nicht nur von den betroffenen Unternehmen. Die gesamte IT-Fachwelt, führende Sicherheitsforscher und Wissenschaftler sowie zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen lehnen die Pläne vehement ab. Sie argumentieren, dass eine solche Überwachungsinfrastruktur technisch nicht auf bestimmte Inhalte begrenzt werden könne und in wenigen Handgriffen auch auf politisch missliebige Inhalte ausgeweitet werden könnte. Dazu kommt, dass die Technologie zu Spionagezwecken verwendet werden könnte, sollte sie in die Hände fremder Mächte fallen. Das sei, als überreiche man Putin einen Generalschlüssel, zog etwa der ehemalige Präsident von Estland, Toomas Ilves einen drastischen Vergleich gegenüber dem STANDARD.

Auch das Europaparlament stellte sich mit breiter Mehrheit – quer durch alle politischen Lager – gegen die Chatkontrolle. Im Rat der Mitgliedstaaten gab es hingegen eine Mehrheit dafür. Doch ohne Deutschland und einige andere Staaten waren die Pläne bislang nicht durchsetzbar.

Deutschland als Zünglein an der Waage

Dies könnte sich nun unter der dänischen Ratspräsidentschaft ändern. Entscheidend wird sein, wie sich Deutschland positioniert. Im Koalitionsvertrag der schwarz-roten Bundesregierung heißt es zwar: „Wir bekämpfen Diskriminierung im digitalen Raum und schützen digitale Grundrechte. Grundsätzlich sichern wir die Vertraulichkeit privater Kommunikation und Anonymität im Netz.“ Doch das Wort „grundsätzlich“ lässt Raum für Ausnahmen. Kritiker befürchten, dass damit auch Hintertüren in Messenger legitimiert werden sollen.

Anders als unter der vorherigen deutschen Ampelkoalition, die die Chatkontrolle nach anfänglichen Unstimmigkeiten ablehnte, hält sich die neue Bundesregierung bedeckt. Weder das Innenministerium noch das Justizministerium oder der Digitalminister wollen sich derzeit äußern, wie Deutschland am 14. Oktober im EU-Rat abstimmen wird. Eine Entscheidung soll in den kommenden Tagen fallen.

Signal will Überwachung umgehen

Whittaker kündigte an, dass Signal im schlimmsten Fall mit Partnern und der Community zusammenarbeiten werde, um Wege zu finden, die Regeln zu umgehen. Ähnliche Strategien habe Signal bereits angewandt, als die App in Russland oder dem Iran blockiert wurde. „Aber letztendlich würden wir den Markt verlassen, bevor wir gefährliche Gesetze wie diese einhalten müssten.“

Neben der Chatkontrolle warnte Whittaker auch vor den Gefahren sogenannter KI-Agenten – Software-Roboter mit künstlicher Intelligenz, die im Auftrag des Nutzers eigenständig Aufgaben erledigen, wie etwa die Reservierung eines Tisches im Restaurant. „Diese KI-Agenten verlangen enorme Zugriffsmöglichkeiten und nahezu unbegrenzte Berechtigungen. Dabei erhalten sie Zugang zu wichtigen Anwendungen und Diensten – vom Kalender über das E-Mail-Konto, die Signal-App oder die Kreditkarte.“

Die Signal-Chefin sieht die Hersteller von Betriebssystemen in der Pflicht: Microsoft mit Windows, Google mit Android und Apple mit iOS und MacOS müssten auf Entwicklerebene eine Widerspruchsmöglichkeit gegen KI-Agenten einrichten, damit sich Apps wie Signal wirksam gegen Ausspionieren wehren könnten. (pez, 2.10.2025)

Mehr zum Thema

[600 IT-Forscher warnen vor Plänen für europaweite „Chatkontrolle“](https://www.derstandard.at/story/3000000287157/500-it-forscher-warnen-vor-plaenen-fuer-europaweite-chatkontrolle) [<https://www.derstandard.at/story/3000000287157/500-it-forscher-warnen-vor-plaenen-fuer-europaweite-chatkontrolle>]